



Peter Haupt

Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Die Bedeutung des Programms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) in Bezug auf Jugendarbeitslosigkeit und Berufsbildung

Sehr geehrter Herr Präsident Jagoda, sehr geehrter Herr Professor Krautzberger, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ich möchte Sie ganz herzlich in Berlin willkommen heißen und freue mich, dass Sie, die Praktiker, die für den Erfolg der Programmplattform E&C vor Ort verantwortlich sind, so zahlreich erschienen sind.

Danken möchte ich Herrn Jagoda für seine persönliche Unterstützung und die der Arbeitsverwaltung. Wenn es um Beschäftigung und Ausbildung, also um berufliche Integration geht, haben die Bundesanstalt für Arbeit und die Arbeitsämter die zentrale Rolle.

Und um die berufliche Zukunft geht es bei Zukunftschancen von jungen Menschen immer und meistens zuerst.

Herrn Professor Krautzberger aus dem Bundesministerium, der die Gemeinschaftsinitiative „Die Soziale Stadt“ maßgeblich mitgestaltet hat, begrüße ich ebenfalls sehr herzlich.

Die Arbeits-, Jugend- und Sozialämter werden häufig für die Situation vor Ort verantwortlich gemacht. Dabei sind die Probleme in den sozialen Brennpunkten oft die Folge globaler und nationaler Politik, für die Sie nicht verantwortlich sind. Aber – und darum geht es heute – ohne Sie und ihre Kooperation vor Ort ist keine Lösung möglich.

Das Ziel unserer gemeinsamen Tagung ist, eine Bestandsaufnahme der lokalen Kooperation vorzunehmen, Erfahrungen und gute Beispiele auszutauschen und nach neuen und erfolgversprechenden Entwicklungsstrategien zu schauen.

Zunächst zur Situation: Obwohl wir – zumindest im internationalen Vergleich – eine reiche Gesellschaft sind, gibt es trotz unseres Wohlstandes Stadtteile, in denen Kinder und Jugendliche deshalb benachteiligt sind, weil sie dort wohnen und leben. Dort konzentrieren sich Arbeitslosigkeit, Schul- und Ausbildungsabbrüche, ethnische Konflikte – Straßen, Parks und Gebäude drohen zu verwahrlosen.

Hier in Berlin hat sich dies seit der Vereinigung mit beispielhafter Brisanz vollzogen. Im Westteil der Stadt, wo aufgrund der Insellage niemand ins Umland wegziehen und im Osten, wo aufgrund der Politik keiner umziehen konnte, läuft dieser Prozess der Konzentration sozialer Probleme gleichsam im Zeitraffer ab.

Spätestens wenn die Kinder in die Kindergärten oder in die Schulen kommen, sind die Familien, die es sich noch leisten können, aus diesen Quartieren weggezogen. Übrig bleiben die, die es sich nicht leisten können, die häufig auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Der bürgerliche Normalfall einer langfristigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wird zur Ausnahme.

Kinder und Jugendliche lernen von klein auf Arbeitslosen- und Sozialhilfe als „normale“ Einkommensquelle kennen. „Falsche“ Werte und Vorbilder prägen so das soziale Lernen.

Der Bundesregierung geht es darum, allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen für Bildung und die berufliche Zukunft zu ermöglichen. Aufgabe der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ und unserer Programmplattform E&C ist es, dieser Segregationsspirale entgegenzuwirken und positive Entwicklungen in den Regionen und bei den Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien einzuleiten.

Ausgewählt wurden dafür im Rahmen der „Sozialen Stadt“ von den Bundesländern die inzwischen über 200 „erneuerungsbedürftigen Stadtteile“, die damit auch Standort von E&C sind. Wir haben – auf Vorschlag der Bundesländer – zusätzlich 13 Landkreise als strukturschwache ländliche Regionen ausgewählt, denn für uns sind die Probleme dort mit denen in den städtischen Quartieren vergleichbar. Auch auf dem dünn besiedelten flachen Land geht es um Abwanderung, den Mangel an Arbeitsplätzen und Infrastruktur. Auch hier haben Kinder und Jugendliche schlechtere Zukunftschancen.

Den Abwärtstrend dieser Quartiere zu stoppen und positive Entwicklungen einzuleiten, ist nur denn erfolgversprechend, wenn alle vor Ort kooperativ ihre Ressourcen bündeln – ein lokaler Pakt zwischen Wirtschaft, Verwaltung und freien Initiativen entsteht. Die Bewohner müssen intensiv in Veränderungsprozesse einbezogen werden und auch überregional muss diesen Quartieren besondere Unterstützung gewährt werden. Hierzu bedarf es eines kooperativen sozialräumlichen Handlungskonzeptes, wie es die „Soziale Stadt“ und „E&C“ ermöglichen.

Zum Beispiel ist es notwendig, Ansätze, Strukturen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe in das Konzept zur Gebietserneue-

zung einzubringen und mit den Initiativen von Arbeits- und Sozialämtern vor Ort zu verbinden.

Jugendhilfe kann – entsprechend ihrem Auftrag – individuell, dem einzelnen Jugendlichen im Fokus, seine soziale Entwicklung gewährleisten und so Benachteiligungen vermeiden.

Wir müssen in diesen Gebieten jungen Menschen Entwicklungen ermöglichen und Chancen einräumen.

Mit der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E&C)“ haben wir einen neuen Schwerpunkt gesetzt, um jungen Menschen dort bessere Bedingungen für ihre Entwicklung und bessere Voraussetzungen für ihre Zukunft zu ermöglichen.

Die Programmplattform E&C geht Hand in Hand mit der vom Bundesministerium initiierten Gemeinschaftsinitiative „Die Soziale Stadt“, die Herr Professor Krautzberger hier vertritt. Es geht um die für die „Soziale Stadt“ ausgewählten Sozialräume, in denen ihre Ämter für das soziale Netz verantwortlich sind.

E&C soll die im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes vom BMFSFJ geförderte Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe für die Programmgebiete aktivieren.

„Die Soziale Stadt“ und „E&C“ setzen auf die Konzentration aller Fördermöglichkeiten in den ausgewählten Sozialräumen, die Koordination durch ein Stadtteilmanagement und die Bürgerbeteiligung.

Gerade die Beteiligung, die konsequente Einbeziehung der Jugendlichen in Umgestaltungsprozesse, nimmt den zur Zeit breit diskutierten Begriff „aktivierender Sozialstaat“ auf: Der Einzelne hat die Chance und die Verantwortung, selbst seine Lebensbedingungen mitzugestalten.

Im Zentrum steht dabei die berufliche und soziale Integration. Es geht darum, Zugänge zu Ausbildung und Beruf für möglichst alle jungen Menschen zu ermöglichen. Jugendliche, die sich aufgegeben haben, müssen neu für eine Beschäftigung oder gar Ausbildung motiviert und maßgeschneiderte niedrigschwellige Angebote für sie entwickelt werden.

Wir wissen, dass Jugendliche mit besonderen sozialen Problemen individuell gefördert und für sie ein individueller Förderplan entwickelt werden muss. Niedrigschwellige Angebote, die diesen Ansatz der Jugendhilfe nutzen, haben häufig dort Erfolg, während andere Maßnahmen versagen.

Im Rahmen der Programmplattform E&C steht das Freiwillige Soziale Trainingsjahr als ein Beispiel für die Entwicklung und Erprobung solcher individueller und niedrigschwelliger Angebote: Das Freiwillige Soziale Trainingsjahr

bietet Jugendlichen mit besonderen sozialen Problemen, für die ein Ausbildungsplatz oder der reguläre Arbeitsmarkt (noch nicht) in Frage kommt, die Chance, die nötigen beruflichen und sozialen Schlüsselqualifikationen zu erwerben.

Wir erproben dies gemeinsam mit der Bundesanstalt und den Ämtern vor Ort in 43 lokalen Qualifizierungsbüros. Dort erhalten inzwischen 1.000 Jugendliche eine maßgeschneiderte Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf. Ein individueller Qualifizierungsplan wird gemeinsam mit den Jugendlichen aufgestellt und immer wieder neu überprüft. Über ihr freiwilliges Engagement im Stadtteil für die Dauer eines Jahres erwerben sich die Teilnehmer/innen die für den Zugang zum Arbeitsmarkt notwendigen beruflichen und sozialen Schlüsselqualifikationen.

Die Arbeitserfahrung in verschiedenen gemeinnützigen Einrichtungen oder in Unternehmen wird mit attraktiven Qualifizierungsbausteinen verbunden. Grundlage auf lokaler Ebene ist die Kooperation zwischen Jugend-, Sozial- und Arbeitsamt mit dem lokalen Qualifizierungsbüro.

Dieser Ansatz hat sich – so die ersten Auswertungsergebnisse des Deutschen Jugendinstituts – bewährt. Die Zielgruppe – besonders benachteiligte Jugendliche – wird erreicht und kann motiviert werden. Ein wichtiges Element ist die Kombination der Erfahrungen der Sozial- und Arbeitsämter bei der Wiedereingliederung mit den Erfahrungen der Jugendhilfe bei der individuellen Hilfeplanung und Hilfestellung.

Das SGB III und das BSHG lassen so maßgeschneiderte Angebote für Ausbildung und Hilfe zur Arbeit zu; das KJHG (SGB VIII) fordert diese sogar explizit in Form einer individuellen Hilfestellung.

Wir lernen daraus, dass auch für die berufliche und soziale Integration die Vernetzung der lokalen Ämter als verantwortliche Akteure die wichtigste Grundlage für den Erfolg ist. Ihre Koordinationserfahrungen auszuwerten und weiter zu entwickeln ist Ziel dieses Fachforums.

Für die Kooperation vor Ort wird sicherlich künftig mit entscheidend sein, wie sich die gesetzlichen Systeme SGB III (Arbeitsförderungsrecht) und SGB VIII (KJHG) sowie das BSHG kompatibel gestalten lassen, was Bundestag und Bundesregierung an Spielräumen für sie schaffen. Erste ermutigende Erfahrungen werden in der Zusammenarbeit zwischen Arbeits- und Sozialämtern gemacht. Die Bundesanstalt für Arbeit hat mit dem Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gezeigt, dass benachteiligte Jugendliche besonders von niedrigschwelligen Angeboten erreicht werden. Wesentliche Erfahrungen der

Jugendhilfe wurden so erfolgreich genutzt.

Die Chancen, die diese Kooperation der Ämter vor Ort bietet, wollen wir künftig verstärkt aufgreifen und unterstützen. Die Vernetzung und Verzahnung der unterschiedlichen Angebote des BSHG, SGB III und SGB VIII ist die beste Voraussetzung für eine erfolgreiche soziale und berufliche Integration junger Menschen. Hier wollen auch wir ansetzen und diese Reformansätze unterstützen.

Sicherlich wäre es vermessen zu behaupten, dass mit der „Sozialen Stadt“ und der Programmplattform E&C alle Probleme gelöst werden können. Die Rahmendaten – insbesondere für den Arbeitsmarkt – werden von der Weltwirtschaft und zunehmend vom europäischen Binnenmarkt gesetzt. Trotzdem können wir gemeinsam viel erreichen.

Das Jugendsofortprogramm hat erste Erfolge gezeigt. Viele Jugendliche wurden erreicht, die aufgegeben hatten, und haben neuen Mut geschöpft. E&C und andere Programme der Bundesregierung greifen diesen Bedarf nach Qualifizierung als Schlüssel für die soziale und berufliche Integration von benachteiligten Jugendlichen auf. All dies kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn vor Ort eine gemeinsame Kommunalpolitik gestaltet und in der Kooperation der Ämter in den sozialen Brennpunkten umgesetzt wird.

Lassen Sie mich deshalb Ihnen, den Vertreter/innen der Jugend-, Arbeits- und Sozialämter, die sich für die Kooperation vor Ort stark machen und damit die Garanten des Erfolgs sind, danken. Ich wünsche mir Ihre engagierte und kreative Mitarbeit – z. B. morgen in den Arbeitsgruppen.

Das SPI – dem ich für die hervorragende Vorbereitung und Arbeit als Regiestelle für E&C danke – wird ihre Ergebnisse zusammenfassen und aufbereiten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche der Tagung viel Erfolg.